

# Solidarität

Organ für die Interessen aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennig. — Anzeigen, die den Arbeitsmarkt betreffen, 10 Pfennig. — Alle Anzeigen werden gegen Barzahlung angenommen. — Eingetragen unter Nr. 7149 im Verlagsregister.

## Mittheilungen des Verbands- vorstandes.

Am 12. September wurde in **Mannheim** eine Zahlstelle gegründet, welcher 3. 23 Mitglieder angehören. Als provisorischer Vorsitzender wurde Herr Wilhelm Pöcker, Mannheim, R. 3, 14, gewählt.

In **Karlsruhe** wurde Herr Albert Willi, Kurvenstr. Nr. 17, als provisorischer Vorsitzender gewählt.

Am 13. September wurde in **Darmstadt** eine Zahlstelle mit 10 Mitgliedern gegründet. Als provisorischer Vorsitzender wurde Herr Christof Klinger, Dieburgerstr. Nr. 54, gewählt.

Am 19. September wurde in **Köln** eine Zahlstelle gegründet, welcher 3. 10 Mitglieder angehören. Als provisorischer Vorsitzender wurde F. Künper, Gr. Telegraphenstr. Nr. 34, gewählt.

Am 20. September wurden in **Fortmund** drei Mitglieder aufgenommen.

Am 21. September wurde in **Bremen** eine Zahlstelle gegründet, der 3. 12 Mitglieder angehören. Als provisorischer Vorsitzender wurde Herr Heinrich Hoppe, Victoriastr. 34, gewählt.

**Berlin.** Die Adresse der Kollegin Thiede ist vom 1. Oktober ab Berlin C., Seydewitzstr. 30, ptr. Die Wohnung der Vorsitzenden der Zahlstelle I, Kollegin Heydemann befindet sich Alte Jakobstraße 118, v. IV.

**Dresden.** Vom 1. Oktober ab ist die Adresse des Kollegen Max Thüraich, Kassirer, Dresden Altstadt, Mittelstr. 20, H. III.

**Erfurt.** Als Vorsitzender wurde Kollege Bernhard Kessler, Benedikt Nr. 3, und als Kassirer Kollege Richard Sturm, Rennerbe Nr. 10b, gewählt.

In der Bekanntmachung des Centralvorstandes aus Nürnberg ist die Adresse des Kollegen Heisch nicht Schottengasse, sondern Schottengasse 12.

### Der Vorstandsvorstand.

F. A.: Paula Thiede.

## Dur Reform des Krankenver- sicherungsgesetzes.

In Nummer 17 hatten wir die Gelegenheit eine Zirkularverfügung des Regierungs-Präsidenten zu veröffentlichen und wolle wir heute die Ansichten des Herrn Amtsgerichtsraths Hahn hierzu wiedergeben. Wir hatten schon nachgewiesen, daß diese Verfügung ganz nach dem Rezept der Zuchtanstalt hergestellte war, doch kann man noch zu anderen Gesichtspunkten gelangen. Jährlich werden mehr und mehr Militärpersonen mit dem Stützungschein in der Tasche entlassen, die man versuchen muß unterzubringen und hierzu würden die Ortskrankenkassen ein ausgiebiges Feld sein; nicht allein, daß man nach dem Hoffmann'schen Vorschlag den Mitgliedern das Selbstverwaltungsrecht nehmen will, man würde dann auch den militärischen Trill

noch obendrein einführen. Zu dieser Arbeiterentrechtung führt Herr Amtsgerichtsrath Hahn in der Arbeiterversorgung aus:

„Das ist freilich ein recht einfacher und ganz ungemein wohlfeiler Modus, eingreifende Reformen zu rechtfertigen. Kritische Seelen werden aber doch gerade hier den Nachweis irgend welcher greifbaren Erfahrungsthatfachen zur Begründung der erhobenen schweren Beschuldigungen, sowie irgend einen Hinweis auf irgend eine Stelle vermissen, an der man sich von der angeblich „allgemeinen“ Anerkennung des Reformbedürfnisses überzeugen könnte. An was für greifbare Vorkommnisse man bei der den Kassenverwaltungen vorgeworfenen „Terrorisierung der Versicherten, Nerzte usw.“ denken soll, ist ganz unklar, und es ist nicht möglich — aber auch nicht nötig — eine so ganz in der Phrase stecken gebliebene Anklage zu wiederlegen, ohne in den gleichen Fehler zu verfallen.“

Mit dem Vorschlage, die Hälfte der Beiträge den Arbeitgebern aufzuerlegen, ist Herr Hahn insofern einverstanden, als er trotzdem den Arbeitern in der Generalversammlung, sowie im Vorstände die Majorität belassen will. Er schlägt dieserhalb vor, dem § 38, Abs. 2, des Krankenversicherungs-Gesetzes folgende Fassung zu geben:

„Die Berechnung ist nach dem Verhältnisse der von den Arbeitgebern aus eigenen Mitteln zu zahlenden Beiträgen zu dem Gesamtbetrage der Beiträge so zu bemessen, daß den Kassenmitgliedern sowohl in der Generalversammlung als auch im Vorstände die Mehrheit der Stimmen zusteht.“

Weiter wünscht Herr Hahn, daß Erhöhungen der Unterstützungen über die Minimalgrenze (siehe § 21 d. Ges.) nur unter Zustimmung beider Theile zulässig sein sollen. Dieser Vorschlag ist natürlich zu verwerfen, denn unter solchen Umständen hätten die Unternehmer das Recht, bei günstiger Finanzlage der Kasse jede Erhöhung der Unterstützung zu verhindern und in ihrem eigenen Interesse auf Herabsetzung der Beiträge hinzuwirken.

Der § 38 soll nach Herrn Hahns Ansicht dahin abgeändert werden, daß ein Vorsitzender und ein Stellvertreter für den Vorstand zu wählen ist, von denen einer ein Arbeitgeber, der andere ein Arbeitnehmer sein muß. Das ist in der Regel heute schon so, ohne daß es durch Gesetz vorgeschrieben. Die Beschlüsse des Vorstandes sollen nur dann Gültigkeit haben, wenn dabei mindestens ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer mitgewirkt haben. Theoretisch ist dieser Vorschlag unbedenklich, in der Praxis aber ganz gefährlich, weil dann die Unternehmer durch Obstruktion in der Lage wären, die Thätigkeit des Vorstandes vollständig lahm zu legen.

Den aufstrotzenden Vorsitzenden verwirrt Herr Hahn aber entschieden und meint mit Recht, daß der durch seine Stimme überstimmte Theil des Vorstandes das für eine Bergewaltigung ansehen und den Eindruck haben würde, der Vorsitzende sei nur da, um sie Mores zu lehren. Weiter weist Herr Hahn darauf hin, daß, wenn den in den Berufs-

genossenschaften organisierten Unternehmern ein solcher Vorsitzender aufgedrängt würde und ihnen die Beamten vorgeschrieben werden sollten, man das mit Recht als einen Eingriff in die Selbstverwaltung erachten würde, an den bisher Niemand gedacht.

Wenn das aber bei den Krankenkassen geschähe, so könnte dies nur als Ausdruck des Mißtrauens aufgefaßt werden. Ein solcher Schritt sei aber nicht gerechtfertigt, da doch die Arbeiter gerade auf dem Gebiete der Krankenversicherung, zumal in den sogar von ihnen allein verwalteten Hilfskassen, den vollen Befähigungsnachweis für die Selbstverwaltung erbracht haben. Es sei auch zu erwägen, ob ein solcher Schritt sozialpolitisch klug wäre, da doch, wer Mißtrauen sät, nicht erwarten kann Vertrauen zu ernten.

Leider ist ja Thatsache, daß sich ein großer Theil der versicherungspflichtigen Personen nicht um die Krankenkassen kümmert, dies muß aber angesichts solcher „Verbesserungen“ unbedingt anders werden, jeder muß hier auf dem Poßen sein.

In der Zirkularverfügung ist ein Passus enthalten, den wir nicht verfehlen wollen, auch noch kurz zu beleuchten. Es wird dort verlangt, daß insbesondere etwaige Streitigkeiten mit Aerzten, Apothekern u. angeführt werden. Es soll also den Aerzten und Apothekern ein ganz besonderer Schutz geboten werden; mit den Apothekern brauchen wir uns hier nicht zu beschäftigen, denn wie die Kassen von diesen des Oesteren über's Ohr gehauen werden, steht ausführlich in unserem letzten Jahresbericht verzeichnet. Aber von den Aerzten konnte erst letzthin der „Vorwärts“ eine Antwort der Berliner Aerzteschaft auf einen Vorschlag der Ortskrankenkasse der Kaufleute, die kassenärztliche Behandlung der Familienmitglieder betreffend, veröffentlicht, die denn doch etwas zu denken giebt und die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen; dieselbe lautet:

„Wir beehren uns hierdurch mitzutheilen, daß wir zur Zeit Ihren Vorschlag ablehnen, die ärztliche Behandlung der in der Orts-Krankenkasse der Kaufleute versicherten Personen zu übernehmen. Die Inanspruchnahme der Aerzte würde bei der Familienversicherung hier in Berlin, nach sachverständigen Urtheil eine so übermäßig große sein, daß bei jedem Pauschal die ärztlichen Leistungen in durchaus unzulänglicher Weise honorirt werden würden. Wir würden daher mit Annahme Ihres Vorschlages die sozialen und wirtschaftlichen Interessen des gesammten ärztlichen Standes auf das Tiefste schädigen. Wir befinden uns in dieser Angelegenheit in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Vorstande des „Vereins Berliner Kassenärzte mit freier Arztwahl.“

gez. Der Vorstand des Vereins der freigewählten Kassenärzte“

Außerdem haben beide Vorstände beschlossen, gegen alle zuwiderhandelnde Mitglieder mit allen ihnen statutenmäßig zustehenden Mitteln vorzugehen.

Dies sollte also den Klassenmitgliedern ein geringer Vortheil geboten werden, durch Behandlung ihrer Angehörigen, die Herren Aerzte lehnen es aber rundweg ab, da ihre wirtschaftlichen Interessen geschädigt werden. Sind wir auch weit entfernt, daß der Arzt im Verdienst mit dem niedrigst entlohnten Arbeiter gleichgestellt sein soll, so ist diese Stellungnahme unbedingt ein Hemmnis des Klassenbewusstseins; sollten die Herren Aerzte den vorher bezeichneten Schutz erhalten, dann — wollen wir uns mal später sprechen.

Ein großer Theil der Arbeiterschaft wird aber hierdurch einsehen, zu welchen Vorparandiensten er seinerseits gebraucht wurde. Hoffen wir daher, daß die Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes von solchen Schutzmaßnahmen verschont bleibt und daß diese Reform anders vorgenommen wird, als in den Hoffmann'schen Vorschlägen festgelegt, durch eine rechtzeitige Protestbewegung, wie bei der Zuchthausvorlage, dürfte uns dies gelingen. BI.

## Ist eine Vertrauensmänner-Versammlung polizeilich anzumelden?

Diese Frage, welche schon manchem Vereinsvorstand viele Schwierigkeiten in Preußen bereitet hat, ist neuerdings vom Kammergericht auf das Unzweideutige entschieden worden.

Der Metallarbeiter E. sollte das Vereinsgesetz durch die Nichtanmeldung einer zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten einberufenen Versammlung verstoßen haben. Zugleich mit ihm war ein Herr Schneckenberger als derjenige, der den Platz für die Versammlung hergegeben habe, angeklagt worden. Es handelte sich um eine Versammlung der Vertrauensmänner des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Halle, an der auch einige Arbeiter der Halle'schen Firma Weise und Konsty theilnahmen, die über die Verhältnisse in der Fabrik dieser Firma gehört werden sollten und auch gehört wurden. Der Zweck der Zusammenkunft war die Vorbereitung eines Berichts für die nächste allgemeine Versammlung der Zahlstelle Halle des Verbands, die unter anderem beschließen sollte, ob der Verband die Arbeiter jener Fabrik bei einem eventuellen Vorgehen gegen ihre Arbeitgeber unterstützen wolle.

Die Angeklagten bestritten eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten und wurden auch in den beiden ersten Instanzen freigesprochen. Schöffengericht und Landgericht waren der Meinung, daß die Freisprechung schon deshalb erfolgen müsse, weil eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nicht vorliege und nicht habe bezweckt werden sollen mit der Einberufung der Vertrauensmänner-Versammlung. Man habe dort nur Angelegenheiten der Arbeiter einer Fabrik erörtert, das seien aber keine öffentlichen Angelegenheiten.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend:

An sich wären ja die Angelegenheiten der Arbeiter einer einzelnen Fabrik nicht von öffentlichem Interesse. Solche privaten Angelegenheiten würden aber zu öffentlichen, wenn die Vertrauensmänner eines allgemeinen Verbandes gewerblicher Arbeiter mit den Arbeitern der betreffenden Fabrik darüber verhandelten, ob der durch die Vertrauensmänner vertretene Verband sie unterstützen solle. Dadurch werde die Allgemeinheit interessiert und die soziale Frage berührt, die eine öffentliche Angelegenheit sei.

Das Kammergericht verwarf indessen die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet und führte aus:

Das Rechtsmittel scheiterte an den tatsächlichen Feststellungen. Danach sei der Zweck der fraglichen Versammlung gewesen, sich durch Befragen einzelner Arbeiter in der Fabrik von Weise und Konsty über die Verhältnisse in dieser Fabrik zu informieren und so Material zu sammeln für einen Bericht, der erst einen eventuellen Unterstützungsbeschluss einer allgemeinen Versammlung des Metallarbeiter-

Verbands vorbereiten sollte. Von dem Ergebnis der Verhandlungen in der Vertrauensmänner-Versammlung sei die Errichtung eines solchen Berichts an die spätere Versammlung überhaupt erst abhängig gewesen. Somit habe die Einberufung der Vertrauensmänner-Versammlung noch gar nicht festgestanden, ob die Sache der Arbeiter der einen Fabrik einmal die Allgemeinheit der organisierten Metallarbeiter in dem gedachten Sinne beschäftigen würde, das heißt ob aus ihrer privaten Angelegenheit eine öffentliche werden sollte. Es rechtfertige sich deshalb die Freisprechung.

Die Entscheidung ist schon deshalb von großer Bedeutung, weil gerade die mittleren und kleineren Städte der Provinzen unter diesen und ähnlichen polizeilichen Chikanereien am meisten zu leiden haben; in der Großstadt Berlin hat sich unseres Wissens die Polizei niemals mit so kleintlichen Mitteln befaßt.

## Zur Hilfsarbeiter-Organisation.

Wie in unseren Reihen Kollegen vorhanden sind, denen man nie etwas Recht machen kann, so giebt es auch in anderen Kreisen Leute, die bei jeder Gelegenheit auf alles mögliche und unmögliche los-schimpfen. Wer schimpft hat Unrecht, sagt ein bekanntes Sprichwort und so könnte man auch beinahe sagen beim Lesen der Nr. 110 des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“. Dat da in Leipzig der Kollege Friedemann in einer Versammlung die Stellung der Buch- und Stein-drucker zum Hilfspersonal beleuchtet und der Redakteur der „Solidarität“ hat den Bericht unverfälscht abgedruckt. Dieses hat nun Herr Kerschauer (Red. d. Correspond.) in Harnisch gebracht und hat er in seiner Erregtheit, ob absichtlich oder unabsichtlich kann dahin gestellt bleiben, ganz und gar die Anerkennung der Redaktion übersehen, aus der hervorgeht, daß dieselbe mit den Ausführungen nicht einverstanden ist. Wir würden auf die Anspornung des Herrn K. nicht eingegangen sein, wenn er sich am Schluß nicht darüber beklagte, daß den Buchdruckern der Dank, der ihnen eigentlich gebührt, nicht geworden ist.

Kollege F. ist unseres Wissens noch nie öffentlich hervorgetreten und daher ist es wohl verständlich, daß einmal ein solcher Ausdruck unterlaufen kann. Dat Kollege F. ausgeführt, daß es den Anschein habe, als wenn ein Theil der Buchdrucker lieber mit unorganisierten als mit organisierten Hilfspersonal zusammenarbeite, so hat er leider damit nicht so ganz Unrecht, wir erinnern nur an die letzten Vorgänge in Berlin, ferner an den Brief des Herrn Kirstein aus Elbing (Nr. 16 d. „Solid.“), außerdem erlebt man es tagtäglich, daß organisierte Buchdrucker mit organisierten Hilfsarbeitern nichts zu thun haben wollen. Damit kann allerdings die Allgemeinheit nicht identifiziert werden, da dies nur Einzelfälle sind, es ist auch unsererseits eine derartige Absicht gar nicht vorhanden. Welche Erfahrungen Kollege F. im Sinne seiner Ausführungen in Leipzig gemacht hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir können aber nicht glauben, daß Kollege F. die Allgemeinheit der Buchdrucker hat treffen wollen, sondern daß dies nur ein unglücklich gewählter Ausdruck war.

## Das soziale Elend in den Druckereien.

Wie viele wandeln dahin im Finstern und arbeiten und schaffen in die Taschen ihrer Brotherren, denen ihr Gewissen es nicht zuläßt, daß sie zur Erkenntnis kommen, in welcher elenden Lage sie sich befinden, und daß es doch anders sein könnte, wenn sie nur Hand anlegen wollten. Können sich denn nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen sagen, daß das was sie verdienen, nicht nur ein Broden ist? Ist es denn nicht nur ein kümmerliches Durchschlagen durch die Welt, bekommt denn der Körper die nöthige Pflege, daß er nicht schon bei Zeiten stich wird? Sehen Sie sich in Ihren Kreisen um und Sie werden es an Ihren eigenen Kollegen und Kolleginnen sehen.

Wer sich diese Fragen vor Augen führt, der muß zur Erkenntnis kommen, daß es nicht mehr so weiter gehen kann, daß dort ein Weg gefunden werden muß, damit auch dem Arbeiter und der Arbeiterin bessere Lohn- und Lebensverhältnisse geschaffen werden. Aber wie viele scheuen davor zurück, mit dem Worte herauszukommen und für die gerechte Sache zu agitieren; denn wehe demjenigen, der sich unersieht, jemand Anderen für die gerechte Sache zu gewinnen, er wird ohne Weiteres auf das Straßensplaster geworfen und ist nun einem viel schrecklicheren Loos ausgelegt, als vordem, er ist fortan

dem Hungerloose preisgegeben; denn die Brutalität des Unternehmers läßt dieses nicht zu, er hat kein Mitleid mit dem Arbeiter, der Arbeiter gilt ihm eben so viel als der Wurm, der über das Straßensplaster kriecht und von den Menschen getreten wird, er kennt nicht den Schmerz eines solchen Mannes, roh stößt er ihn hinab ins Elend. Was harnt nun diesem Unglücklichen? Er hat nicht soviel verdient, daß er sich ein paar Rothgroschen zurücklegen konnte, er konnte nur mit seiner Familie von der Hand in den Mund leben; nun ist er mit seiner Familie dem Elend preisgegeben.

Dat denn nun dieser Mann so Schweres begangen, hat er nicht nur verübt sein Recht, was ihm gesetzlich zugestanden, sich zu verschaffen, was es nicht nur ein Aufbäumen, um sich aus den Fesseln der Leibeigenenschaft zu befreien. Aber vergebens; denn immer fester und fester ziehen sich diese zusammen. Nun, so handelt die Brutalität des Unternehmers, er ist nur auf seine Taschen bedacht und rechnet nur auf den Unverstand der Massen, welche vom frühen Morgen bis zum späten Abend für ihn arbeiten und dadurch seinen Geldbeutel füllen, aber wehe demjenigen, der nicht mehr genug leisten kann, der nicht mehr den zehnfachen Verdienst heranschaffen kann, ihm geht es ebenso als demjenigen, der gewagt hatte, für bessere Verhältnisse zu kämpfen. Was nützt einem Prinzipale ein Mensch, der nicht mehr die Kraft dazu hat, der seine Kraft schon in der Jugend verbraucht hat. Für ihn werden jüngere Leute eingeführt, welche wiederum demselben Loosje verfallen. Ist nun nicht jeder Mensch berechtigt für seine geliebte Arbeit eine anständige Behandlung und einen ausreichenden Lohn zu verlangen? Ist nicht ein Jeder zu leben berechtigt wie es sich gebührt? Darum auf, Ihr habt die Macht in Händen, an Euch liegt es, wenn solche Zustände in den Druckereien herrschen. Welch schwerer Kampf steht uns noch bevor, ehe wir das erreichen, wonach noch die darbede Menschheit schmachte! Haben nicht schon die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Berlins und Umgegend den Herren gezeigt, daß sie auch eine Macht repräsentieren, mit welcher auch schon zu rechnen ist? Aber man verücht jetzt die Reihen der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu durchbrechen, man verücht daß und Zwietracht in die Reihen zu werfen, aber sie sollen damit kein Stück Boden, sie sollen einsehen, daß ihre Bemühungen fruchtlos bleiben. Ein jeder Kollege sei darum auf der Hut, immer fester sollen unsere Reihen zusammen geschlossen werden, nicht Einer darf fehlen in dem Kampf für unsere gerechte Sache, dann wird auch jeder Angehörige von Seiten der Unternehmer zurückgewiesen werden können.

Kollegen und Kolleginnen, denkt an den Fabrikarbeiterstreik in letzter Zeit und Ihr werdet sehen, was uns Noth thut.

Darum auf, die Ihr noch Fernstehenden, greift zu den Waffen, welche Euch noch zur Verfügung stehen, indem Ihr Euch organisiert; denn nur durch eine stramme Organisation wird es möglich sein, der Brutalität der Unternehmer entgegenzutreten, nur dann werden bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Kollegen und Kolleginnen herbeigeführt werden können.

Deran zur Fabrik! Einer für Alle und Alle für Einen, so soll unsere Losung sein und damit wollen wir in den Kampf ziehen, in den Kampf für unser gutes Recht. Weist die Hand nicht zurück und tretet Eurem Verbands bei, damit ihr eine Stütze habt im Kampf gegen die Unterdrücker. Hoch der Verband der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. P. F.

## Woran liegt es!

Der Artikel in Nr. 17 der „Sof.“ mit der Ueberschrift: Es ist erreicht, worin ich die Kollegen auf die Gefahr, welche sich durch den Anlage Apparat in unserem Berufe vorbereitet, aufmerksam machte, war eigens für die Breslauer Verhältnisse zugeschnitten und dazu bestimmt, die Kollegen zum Besuch der öffentlichen Versammlung anzuregen. Aber trotz eifriger Agitation war dieselbe nur von circa 50 Personen besucht. Auch haben sich nicht, wie irrthümlich in dem diesbezüglichen Bericht angegeben, vier Kollegen, sondern nur drei zur Aufnahme gemeldet, von welchen noch einer mit seinem Aufnahmegeuch zurückgewiesen werden mußte, weil er früher wiederholt gegen die Interessen des Verbandes verstoßen hatte. Demnach hat die umfangreiche Agitation zwei ganze Mitglieder eingebracht. Woran liegt das?! Welches ist der Grund dieses Mißerfolges?

Ich könnte hier eine ganze Reihe solcher Gründe anführen, will mich aber nur auf einige und zwar auf die hauptsächlichsten beschränken.

1. Will ich annehmen, daß die Kollegen die Gefahr nicht erkennen wollen, oder wenn sie dieselbe erkannt haben, gedenken sie die Sache abzuwarten, um dann, wenn sie übrig geworden sind, zu einem anderen Berufe überzugehen, oder

sie hoffen dann von ihrem Arbeitgeber auf den „Mentheil“ gesetzt zu werden, welcher für den Arbeiter sich zumeist auf dem Straßensplafar befindet.

2. Ist es nicht ausgeschlossen, daß der Artikel nicht die nötige Verbreitung gefunden hat.

Das hat seinen Grund darin, weil es nicht Jedermanns Sache ist, agitatorisch thätig zu sein und diejenigen, die es sind, befinden sich in den besten Stellungen und laufen daher Gefahr, wenn sie sich gar zu sehr bemerkbar machen, dieselben zu verlieren. In solchen Fällen bietet die Organisation noch zu wenig Schutz. Es muß daher Aufgabe der Zahlstellen bezw. des Verbandes sein, die Maßregelungs-Unterstützung weiter auszubauen.

Gerade was Agitation anbetrifft, haben wir hier am Orte weder Mühe noch Kosten gescheut, ohne ein nennenswertes Resultat zu erzielen. Selbst dem hartnäckigsten Agitator muß die Lust zur weiteren Arbeit vergehen, wenn er von seiner aufreibenden Thätigkeit solch traurige Erfolge sieht.

Dann glauben die Mitglieder damit auf die unorganisierten Kollegen einen moralischen Druck auszuüben, um sie zum Eintritt in den Verband zu bewegen, indem sie den Verbleib mit demselben möglichst meiden, sie auch auf jede Weise zu chikanieren suchen und achten mit Sorgfalt darauf, daß die betreffenden Kollegen gar nicht mal einen Blick in die „Sol.“ werfen. Solches Vorgehen mag in der Theorie vielleicht richtig sein, praktisch ist es aber falsch, sogar unklug und sind daraus schon unliebsame Konsequenzen entspringen und werden weiter entstehen. Das alles dies geeignet ist, der Allgemeinheit mehr zu schaden als zu nützen, ist wohl selbstverständlich. Der Verbleib mit den unorganisierten Kollegen soll nicht gemieden, sondern im Gegenteil muß versucht werden, dieselben bei jeder Gelegenheit auf die Organisation aufmerksam zu machen. Die „Sol.“ bringt neben den Versammlungsberichten auch Artikel, die aufklärend und agitatorisch wirken sollen und kann es für uns nur von Vorteil sein, wenn die noch abseits stehenden Kollegen von solchen Kenntnissen erhaften.

Kollegen Breslau! Wenn die vorliegende Nummer in Eure Hände gelangt, sind mit dem Tage fünf Jahre seit Gründung unserer Zahlstelle verfloßen und das, was wir in dieser Zeit erreicht haben, ist gleich Null. Wir sind nicht vorwärts sondern rückwärts gegangen, ein Beweis, daß die Kollegen den Geist der Zeit noch nicht erfaßt haben. Bei der Begeisterung, welche damals in unseren Kreisen herrschte, hätte wohl Niemand geglaubt, daß wir nach fünfjähriger mühevoller Thätigkeit auf ein so tragisches Resultat werden zurückbleiben müssen.

Kollegen! Das ist beschämend für uns! Beschämend umso mehr, weil sich zur Zeit in allen anderen Gewerkschaften ein reger Geist bemerkbar macht. Ihre Bewegung gleicht dem wogenden Meere, dessen Wellenschlag sich täglich imposanter gestaltet. Im Vergleich zu diesem erscheint unsere Organisation wie eine leichte trübe Flüße, welche die alles belebende Sonne mit ihren Strahlen nicht erreicht. — Wenn wir diesem unzureichenden, die ihm gebührende Weihe verleihen wollen, kann es wohl in keiner besseren Weise geschehen, als daß wir uns geloben, fortan einzig zu sein und alle persönlichen Eifersüchteleien beseitigen. Das ist zu unserer geistlichen Weiterentwicklung unbedingt notwendig. Wir gehen einer Zeit entgegen, in welcher sich diese Uneinigkeit schwer rächen wird.

## Erwiderung.

In voriger Nummer der Solidarität greift Kollegin Paula Thiede sowohl die Vorsitzende der Zahlstelle Berlin I als auch meine Wenigkeit in keineswegs schön zu nennender Weise an. Kollegin Wendemann wird sich wohl selbst rechtfertigen und ich will dasselbe nachstehend auch thun.

In dem Artikel „Zur eventuellen Einführung der Krankenunterstützung“ sprach ich meine, dem Centralvorstand allerdings gegenbezügliche Meinung darüber aus und wollte ich diese in die Zeitung bringen, ehe die anderen Zahlstellen ihre Beschlüsse in der Sache sahen. Ich that das nicht, um dem Centralvorstand seine Arbeit zu erschweren, sondern weil meiner beiseitigen Ansicht nach die Einführung der Krankenunterstützung nicht der richtige Weg war, um die brennende Frage zu regeln. Ich war erstarrt, daß die Nr. 17 der „Sol.“ nicht meinen Artikel enthielt, sondern nur die Briefkastennotiz, daß derselbe zurückgestellt sei und stellte ich den Redakteur bei der nächsten Gelegenheit darüber zur Rede; dieser hatte es für gut gehalten, den Artikel noch nicht zu bringen und wenn ich auch heute diese Ansicht noch nicht theilen kann, so konnte ich damals die Sache doch nicht ändern; doch bestand ich durchaus nicht mehr auf die Aufnahme des Artikels, sondern überließ diese stillschweigend dem Ermessen der Redaktion. Also, verehrte Kollegin Thiede, seien Sie wohl ein, daß dieser Vorwurf unbedeutend ist und habe ich erleichterten Herzens dem neuen

Vorschlag des Centralvorstandes betreffs der den Zahlstellen zu belassenden 15 Prozent freudig zugestimmt, nachdem durch die Bereitwilligkeit des Kollegen Wittig, den Centralvorwurf zu übernehmen, auch diese Frage erledigt war.

Sowohl von Kollegin Thiede in letzter, als auch vom Kollegen Bleich in vorletzter Nummer der Zeitung wird der Vorwurf gegen mich erhoben, daß ich den Idealismus der Mitglieder der Zahlstelle I als etwas außerordentliches hervorhebe, doch scheint mir, daß man mich in dem leidigen Artikel nicht verlesen will. Denn ich sprach darin von dem Idealismus der Mitglieder solcher Zahlstellen, die wenig oder gar keine Arbeitslosenunterstützung beziehen und glaube allerdings zu diesen auch Zahlstelle I rechnen zu können.

Mein Artikel war mit G. E. unterzeichnet und mußte Kollegin Thiede sich daraufhin sagen, daß ich irgend einen persönlichen Grund habe, meinen vollen Namen der Öffentlichkeit vorzuenthalten; trotzdem hielt sie es für gut, den ganzen Namen der Schreibern zu nennen und bezeichnet man im gewöhnlichen Leben solche Handlungsweise als Rücksichtslosigkeit.

Ich will nun noch anführen, daß weder Kollegin Wendemann noch ich, wie es ganz unverblümt angegeben wird, Widersacher des Verbandes resp. seines Vorstandes sind, aber wenn uns dieser Vorschlag macht, die wir nicht gutheißen können, so werden wir uns unter Veto dagegen einlegen, wie es das Recht jedes Mitgliedes ist; doch werden wir triftigen Vernunftgründen niemals unser Ohr verschließen. Meinabe fürchte ich, daß durch diese Angelegenheit der Zapfen zwischen dem Central- und unserm Ortsvorstande geworfen ist; ich konnte selbst auf diese Gefahr hin die unberechtigten Vorwürfe nicht auf mich sitzen lassen, aus dem einfachen Grunde, um mich bei meinen Kolleginnen, unter denen ich arbeite, nicht in ein schlechtes Licht zu stellen. Mir wäre es gewiß sehr erwünscht, wenn uns in Zukunft eine erprießliche, friedliche und das Wohl des Ganzen fördernde gemeinsame Arbeit zusammenhielte, aber Streitbrüder sind wohl auf keiner Seite ausgeschlossen und wenn man jungen Kollegen und Kolleginnen, die ihre Kraft erst seit kurzer Zeit der guten Sache gewidmet haben, derartig entgegentritt, daß eine gegenbezügliche Heuerkung als Unverständnis oder gar als Böswilligkeit ausgelegt wird, so getraue ich mir zu behaupten, daß dadurch die Schaffensfreudigkeit der Betroffenen nicht gerade gehoben wird.

Gertrud Strietzel.

Wir können uns der Ausführung, daß in Zukunft eine erprießliche und friedliche Arbeit eintrete, nur anschließen, sind aber der Meinung, daß dann ein anderer Ton herrschen muß. Ganz besonderes Vergnügen scheint es einzelnen Kollegen und Kolleginnen zu bereiten, wenn sie irgend eine der letzten drei Personen „auszuweisen“ können. Zur Sache selbst wollen wir bemerken, daß der Artikel in Nr. 17 zurückgestellt wurde, weil man eine Sache nicht diskutieren kann, die nicht existirt. Der Centralvorstand hatte eine Bekanntmachung usw. in der Zeitung, betr. die Krankenunterstützung, noch nicht erlassen, also konnte man auch diese Angelegenheit noch nicht in derselben besprechen. Daß sich durch die stattgefundene Sitzung die Verhältnisse so ändern würden, konnten wir so wenig wie Kollegin Strietzel wissen. Um nun nicht diese Angelegenheit noch weiter auszuweiden, betrachten wir die Sache als erledigt und hoffen, daß durch friedliches Zusammenarbeiten das Wohl der Organisation gefördert wird und nicht, daß man nach außen hin den Anschein erweckt, als wenn die Berliner Zahlstellen sich mit dem Centralvorstand in den Haaren liegen.

Red.

## Versammlungen.

### Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

Erst. Die konstituierende Versammlung unserer Zahlstelle fand am Montag, den 17. September, mit folgender Tagesordnung statt. 1. Lage und Aufnahme von Mitgliedern. 2. Mittheilungen. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Nachdem der 1. Punkt der Tagesordnung erledigt, ging der Vorsitzende zum 2. Punkt über und theilte mit, daß sich zwei Mitglieder dem Verbandsangehörigen haben. Der dritte Punkt, Vorstandswahl, hatte folgendes Resultat: Zum Vorsitzenden wurde Herr Kehler, zum Kassirer Richard Sturm, zum Schriftführer Felix Wäber und zwei Beisitzer gewählt. Beim 4. Punkt, Verschiedenes, machte der Schriftführer Birtel noch auf die Vortheile, welche das Gewerkschaftsblatt den aus dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften bietet, sowie auf die Central-Bibliothek aufmerksam, worauf sich die Zahlstelle dem Errierten Gewerkschaftsartikel anschloß und als Kartelldelegierte die Kollegin Helene Sondermann wählte. Der Vorsitzende schloß mit einem Appell an die Mitglieder, auch fernherhin weiter zu agitieren, um die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen für den Verband zu gewinnen, um etwas Ganzes schaffen zu können, die Versammlung.

H. K.

Hannover. Bericht vom 18. September. Die heutige im Biedbraunschen Lokale stattgehabene, von ungefähr 25 Personen besuchte Versammlung wurde um 9 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung angenommen, wurde unter Punkt 2 der Tagesordnung, „Berichtsmittelungen“ unser nächstes Herbstvergnügen auf den 14. Oktober festgesetzt, zu diesem wurde Kollege Kiel als Feuilleter und Kollege Thiele II als Feuilleter gewählt. Alsdann verlas der Vorsitzende den Brief vom Verbandsvorstand betreffend der Vorschläge, Kollege Wittig als 1. Vorsitzenden, Kollege Lohdahl als Kassirer und daß vom 1. Oktober 15 pCt. der Einnahme den Zahlstellen verbleiben sollen. Sämmtliche Vorschläge wurden einstimmig angenommen. Sodann erhielt unter Punkt 2 Herr Lorenz Müller das Wort zu seinem Vortrage: Die gewerkschaftliche Organisation und ihre Agitation wie sie sein soll. Redner führte aus, daß von 8 Millionen Arbeiter und 1 Million Arbeiterinnen in Deutschland nur insgesamt 580 479 gewerkschaftlich organisiert seien. Die Arbeiter könnten noch von den Unternehmern lernen, da diese sich zur Abwendung irgend welcher Forderungen viel schneller koalieren und somit den Arbeitern gegenüber geschlossener daständen; siehe aber eine starke Organisation hinter den die Forderung Stellungen, so mühten die Unternehmer wohl oder übel mit den Arbeitern unterhandeln, wie dieses selber ein Arbeitgeber aus Breslau auf einem Verbandstage zugegeben habe. Auch sei Zweck der Gewerkschaftsorganisation, die Arbeiter über verschiedene Wege, so Alters- und Invalidenversicherung, aufzuklären, da vielen die kleinen Vorteile, die dieses Gesetz biete, noch nicht bekannt seien. Redner führte sodann die Arten der Agitation vor Augen. Die Agitation durch Flugblätter sei nur eine Augenbildsinnung, jedenfalls sei die Agitation von Mund zu Mund die beste. Siegel seien die Arbeiterinnen mehr zur Organisation heranzuziehen. Auch hätten die Druckereibesitzer die Druckpreise in die Höhe getrieben, als Grund sei Lohn-erhöhung angegeben, diese ist aber trotz der guten Konjunktur nicht eingetreten. Redner erntete lebhaften Beifall. Punkt 3 lautete: „Abrechnung vom letzten Quartal.“ Darnach ist bei einer Einnahme von 297 M. und einer Ausgabe von 81,95 M. ein Ueberschuß von 155,05 M. zu verzeichnen. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Unter Punkt 4 wurden 2 Mitglieder aufgenommen und Kollege Hoffmann II ausgeschlossen. Beim 5. Punkt, Verschiedenes, wird noch beschlossen, der nächsten Mitgliederversammlung eine öffentliche Voraufrufen zu lassen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten, erfolgte Schluß der Versammlung um 11 Uhr. F. P.

Die Adresse des Kollegen H. Kehler ist Venedig Nr. 3.

Breslau. Bericht der Mitglieder-Versammlung vom 19. September 1900. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Wechsel im Verbands-Vorstand. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes. Nach Verlesung des Protokolls, welches ohne Erwiderung von den Mitgliedern angenommen wurde, ging der Vorsitzende auf den zweiten Punkt der Tagesordnung: Wechsel im Verbands-Vorstand, über. Kollege Budwig machte bekannt, daß ein Verbandstag zu Weichnachten d. J. nicht stattfinden; eine Verbesserung im Unterstützungsweisen auch nicht, dafür aber einen Prozentzuschlag von 10 pCt. auf 15 pCt., welche am Orte bleiben. Der nächste Verbandstag findet zu Pfingsten 1902 statt. Vom Central-Vorstand wurden vorgelegt: 1. Kollege Carl Wittig als erster Verbandsvorsitzender; 2. Kollegin Frau Paula Thiede, zweite Vorsitzende; 3. Kollege Heinrich Lohdahl als Verbands-Kassirer. Kollege Abend ergriff das Wort, selbiger erklärte der Versammlung, daß die neu zu wählenden Verbands-Vorstands-Mitglieder, indem er selbige persönlich kennt, durchaus zuverlässig und sehr zu empfehlen sind. Die Wahl des neu zu wählenden Verbands-Vorstandes wurde von den anwesenden Mitgliedern der Zahlstelle Breslau einstimmig genehmigt. Punkt 3: Vereinsangelegenheiten. Kollege Budwig verlas ein Schreiben des Kollegen Abend wegen Nichtwiederernahme eines Kollegen in den Verband. Kollege Abend erklärte der Versammlung, warum und wehwegen selbiger Kollege nicht aufzunehmen sei; die Versammlung erklärte sich einstimmig den Kollegen nicht wieder aufzunehmen. Kollege Müller stellte den Antrag, bei Aufnahme neuer Mitglieder dieselben höflich zu ermahnen, vor der Aufnahme auf einige Augenblicke das Lokal zu verlassen. Kollege Budwig machte nochmals die Mitglieder auf das am Sonnabend, den 22. September d. J. stattfindende Stiftungsfest aufmerksam und ersuchte dieselben, sich recht zahlreich zu beteiligen. 4. Punkt: Aufnahme neuer Mitglieder. Zur Aufnahme meldete sich Kollege Warnus; selbiger wurde nach üblicher Begrüßung vom Vorsitzenden aufgenommen. 5. Punkt: Verschiedenes. Kollege Budwig gab bekannt, daß in Berlin, Leipzig sowie verschiedenen anderen Orten, die Buchbinder ausgeperrt worden sind; es war zwar nicht von langer Dauer, da die Herren Prinzipale auf Vermittelung des Tarifamtes der Buchdrucker die kleine Forderung bewilligt haben, so sind selbige wieder in ihre bisherigen Stellungen eingetreten. Kollege Abend stellte den Antrag, daß doch die Breslauer Buchdrucker-Hilfsarbeiter den „Breslauer General-Anzeiger“ nicht mehr weiter lesen möchten, sondern dafür auf das Arbeiterblatt, die „Volkswacht“, abzutreten. In betref der Prämienzahlung gab Kollege Abend kund, daß es doch noch nicht

